



## AMTSTAFEL

Bearb.: Dr. Gernot Esterl  
Tel.: +43 (3532) 2101-210  
Fax: +43 (3532) 2101-550  
E-Mail: bhmuanlagenreferat@stmk.gv.at

Bei Antwortschreiben bitte  
Geschäftszeichen (GZ) anführen

GZ: BHMU-167171/2026-10

Murau, am 08.07.2026

Ggst.: Murtal Seilbahnen Betriebs GmbH  
Verkehrsflächen für den ruhenden Verkehr, Änderung Zufahrt  
St. Georgen am Kreischberg

baurechtliches Verfahren

## ***ÖFFENTLICHE BEKANNTMACHUNG DURCH ANSCHLAG***

Die Murtal Seilbahnen Betriebs GmbH, Kreischbergstraße 1, 8861 St. Georgen am Kreischberg, vertreten durch Rae Dr. Erich Moser & Dr. Martin Moser, hat bei der Bezirkshauptmannschaft Murau im Umfang der vorgelegten Projektunterlagen um die baurechtliche Genehmigung zur geänderten Ausführung der Zufahrt in Form der Errichtung eines Brückenbauwerkes der mit Bescheid der Bezirkshauptmannschaft Murau vom 20.03.2024, GZ: BHMU-8010/2024-14 genehmigten Verkehrsflächen auf den Grundstücken 162/2 und 163/1 jeweils KG 65220 St. Lorenzen angesucht.

Hierüber findet gemäß §§ 24, 25 des Stmk. Baugesetzes die mündliche Bauverhandlung in Form eines Ortsaugenscheines am

**Mittwoch, den 29. Juli 2026,**  
**um ca. 10:30 Uhr**

mit der Zusammenkunft der Beteiligten an Ort und Stelle statt.

Als Beteiligter beachten Sie bitte, dass Sie, wenn Sie Einwendungen gegen den Gegenstand der Verhandlung nicht spätestens am Tag vor Beginn der Verhandlung bei der Behörde bekannt geben oder während der Verhandlung vorbringen, insoweit Ihre Parteistellung verlieren.

Wenn Sie jedoch durch ein unvorhergesehenes oder unabwendbares Ereignis verhindert waren, rechtzeitig Einwendungen zu erheben und Sie kein Verschulden oder nur ein milderer Grad des Versehens trifft, können Sie binnen zwei Wochen nach Wegfall des Hindernisses, das Sie an der Erhebung von Einwendungen gehindert hat, jedoch spätestens bis zum Zeitpunkt der rechtskräftigen Entscheidung der Sache, bei uns Einwendungen erheben. Diese Einwendungen gelten dann als rechtzeitig erhoben. Bitte beachten Sie, dass eine längere Ortsabwesenheit kein unvorhergesehenes oder unabwendbares Ereignis darstellt.

Beteiligte können persönlich zur mündlichen Verhandlung kommen, an ihrer Stelle einen Bevollmächtigten entsenden oder gemeinsam mit ihrem Bevollmächtigten zu uns kommen.

Bevollmächtigter kann eine eigenberechtigte natürliche Person, eine juristische Person, eine Personengesellschaft des Handelsrechts oder eine eingetragene Erwerbsgesellschaft sein. Personen, die unbefugt die Vertretung anderer zu Erwerbzwecken betreiben, dürfen nicht bevollmächtigt werden.

Der Bevollmächtigte muss mit der Sachlage vertraut sein und sich durch eine schriftliche Vollmacht ausweisen können. Die Vollmacht hat auf Namen oder Firma zu lauten.

Eine schriftliche Vollmacht ist nicht erforderlich,

- wenn es sich bei dem Bevollmächtigten um eine zur berufsmäßigen Parteienvertretung befugte Person - z.B. einen Rechtsanwalt, Notar oder Wirtschaftstreuhänder - handelt,
- wenn es sich bei den Bevollmächtigten um Familienmitglieder (bzw. Haushaltsangehörige, Angestellte, Funktionäre von Organisationen), die uns bekannt sind, handelt und kein Zweifel an deren Vertretungsbefugnis besteht,
- wenn Beteiligte gemeinsam mit ihren Bevollmächtigten zu uns kommen.

Die für das Verfahren eingereichten Pläne und sonstigen Behelfe liegen bis zum Tag vor der Augenscheinsverhandlung beim hiesigen Amt, Haus B, Zimmer 310, von Montag bis Freitag von 08.00 bis 12.30 Uhr zur Einsichtnahme durch Beteiligte auf.

Rechtsgrundlagen: §§ 40 bis 42 des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes

Der Bezirkshauptmann i.V.

Dr. Gernot Esterl  
(elektronisch gefertigt)